



Myanmar hat wieder eine Wahl

Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi kann gewinnen. Aber auch regieren? Seite 5

Fotos: dpa/Nyein Chan Naing, Fotolia/Jiri Hera

Das gemeinte Wort

Der »KZ-Satz« von Akif Pirinçci und ein provoziertes Missverständnis. Seite 15

Uruguay genießt Hanf

Staat bereitet Anbau und Verkauf in kontrollierter Hand vor. Seite 3



Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 5. November 2015

70. Jahrgang/Nr. 257

STANDPUNKT

Klimaschutz überfahren

Kurt Stenger über fatale Signale aus dem CO₂-Skandal von VW

Deutsche Regierungen sehen sich gerne als Vorreiter in Sachen Klimaschutz. Und auch deutsche Großunternehmen geben sich gerade jetzt im Vorfeld des UN-Klimagipfels von Paris einen grünen Anstrich. Als Miesepeter betätigt sich nun aber Volkswagen: Nach dem Stickoxid-Skandal gab Deutschlands größter Autokonzern nun für einen kleinen Teil seiner Produkte geschönte Angaben zum Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid zu. Selbst wenn zu begrüßen ist, dass VW selbst dies publik gemacht hat: Es geht hier nur um die Spitze des Eisbergs. Auch bei den anderen Modellen des Konzerns sind die CO₂-Angaben viel zu niedrig, und auch die übrigen Autohersteller gaukeln mit allerlei Tricks vor, die EU-Grenzwerte zum CO₂-Ausstoß einzuhalten.

Klimaschutz ist den Autokonzernen nach wie vor piepegal. Erst lassen sie ihre Lobbymacht und ihre politischen Beziehungen spielen, um für recht laxe Grenzwerte zu sorgen. Und dann trickst man noch hemmungslos bei den Tests. Entgegen den EU-Reduktionsziele beim CO₂-Ausstoß gibt es bei Neuwagen in der Realität keinerlei Fortschritt mehr. Und die Politik scheint nicht gewillt zu sein, dagegen einzuschreiten.

Für den UN-Klimagipfel verheißt es nichts Gutes, wenn der Großemittent Deutschland im wichtigen Verkehrssektor untätig bleibt. Mit geschönten Zahlen und wenig ambitionierten Zielen wird sich die Erderwärmung und ihre absehbar katastrophalen Folgen jedenfalls nicht begrenzen lassen.

UNTEN LINKS

Angeblich handelt es sich um eine erneute Skandalmeldung vom Berliner Flughafen BER. Dass nämlich die Brandschutzexperten, also jene, die die misslungenen Entrauchungsanlagen für den Brandfall gebaut haben, gar keine Experten waren. Doch wo ist der Skandal? Längst wird vermutet, dass der Aufsichtsrat des BER, also jenes Gremium, das die Entstehung des Bauwerks zu beaufsichtigen hatte, gar kein Aufsichtsrat ist. Die ganze Zeit über hat er nichts zu beaufsichtigen gefunden, und ob bei dem ersten Spatenstich ein Spaten im Spiel war, muss ernsthaft bezweifelt werden. Kann man bei all den Eröffnungsterminen von Eröffnungsterminen reden, ohne jede Eröffnung? Fluglärmschutz beschäftigt seit Jahren Öffentlichkeit, Anwohner und Gerichte; was für ein Missverständnis, da es ja gar keinen Fluglärm gibt. Natürlich waren auch all die angeblichen Flughafenchefs keine Flughafenchefs, denn der angebliche Flughafen ist ja auch kein Flughafen. uka

Organisiertes Versagen Kiews

Europarat: Untersuchung des Feuerinfernos von Odessa parteiisch und ineffizient



Die Flammen zerstörten am 2. Mai 2014 Menschenleben und auch die Hoffnung auf eine friedliche Lösung in der Ukraine.

Foto: dpa/ITAR-TASS/Andrei Borovsky

Berlin. Eine Expertengruppe des Europarates hat die schleppenden ukrainischen Ermittlungen zur Brandkatastrophe vom Mai 2014 in Odessa mit Dutzenden Toten als »weder unabhängig noch effizient« kritisiert. Die Behörden hätten es an Sorgfalt fehlen lassen, erklärte der Vorsitzende der Expertengruppe, Nicolas Bratza, am Mittwoch in Kiew. So seien die Gründe für das späte Eintreffen der Feuerwehr erst nach sieben Monaten untersucht worden. Zudem gebe es »deutliche Hinweise« für eine Mitschuld der Polizei, die weitgehend passiv geblieben sei.

In der südukrainischen Hafenstadt Odessa waren am 2. Mai 2014 bei Zusammenstößen

zwischen Anhängern und Gegnern der pro-westlichen Maidan-Proteste 48 Menschen getötet worden. 42 Maidan-Gegner kamen im Gewerkschaftshaus ums Leben, in dem sie sich verschanzt hatten. Hunderte wurden verletzt. Das Gebäude ging durch Brandsätze in Flammen auf. Sechs Demonstranten beider politischen Lager wurden durch Schüsse getötet.

Die Mängel bei den Ermittlungen »waren systembedingt«, sagte Bratza. Obwohl die Polizei in die Ereignisse verwickelt war, durften Ermittler des Innenministeriums die Untersuchung leiten. Von 23 Personen, die bislang vor Gericht gestellt wurden, seien die weitaus meisten Maidan-Gegner, »obwohl beide Grup-

pen an den Massenunruhen beteiligt waren«. Öffentlich sei unzureichend über den Fortgang der Ermittlungen informiert worden.

Nach dem Brand war die Lage in Odessa noch über Monate gespannt. Zur Beruhigung trug eine zivilgesellschaftliche Untersuchung einer »Gruppe 2. Mai« bei. Sie kam zu dem Schluss, dass der tödliche Ausgang nicht beabsichtigt war. Es sei eine Verkettung unglücklicher Umstände gewesen.

Laut dem Bericht brachten Mitglieder des ukrainischen Parlaments unterdessen einen Gesetzentwurf für eine Amnestie zugunsten der regierungsfreundlichen Teilnehmer an den Ausschreitungen ein. Agenturen/nd Seite 7

SPD »auf jeden Fall« kompromissbereit

Vor Gipfeltreffen sucht die Koalition fieberhaft nach Einigung über Transitzone für Flüchtlinge

Am Donnerstag soll es gelingen: Noch vor einem Treffen der Kanzlerin mit den deutschen Regierungschefs am Abend will die Große Koalition ihre Differenzen zur Flüchtlingspolitik tilgen.

Von Uwe Kalbe

Wenn alles wie geplant läuft, begräbt die Große Koalition in Berlin an diesem Donnerstag das Kriegsbeil. Nachdem sich CDU und CSU auf ein gemeinsames Positionspapier zur Flüchtlingspolitik verständigten, wird nun wohl auch die SPD den nötigen Schritt gehen. Ungewohnt entschlossen hatten sich SPD-Politiker dem Wunsch der CSU verweigert, »Transitzonen« einzurichten, um »nicht schutzwürdige« Flüchtlinge umgehend zurückzuweisen. Doch am Mittwoch deutete sich bereits Entgegenkommen an. Es werde auf allen Ebenen beraten, verriet die Parlamentarische SPD-Geschäftsführerin Christine

Lambrecht in Berlin, wie AFP meldete. »Es wird und muss uns gelingen, hier zu einem Einvernehmen zu kommen.« Und Fraktionsvize Eva Högl zeigte sich überzeugt, dass man sich »auf jeden Fall« einigen werde.

Zwar beharrten die NRW-Regierungschefin Hannelore Kraft wie auch Generalsekretärin Yasmin Fahimi darauf, dass die SPD keinem Verfahren zustimmen werde, das »Menschen massenhaft in Haft nimmt« (Fahimi), und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer wandte sich erneut gegen Zentren, »die eingezäunt und bewacht sind«. Doch Außenminister Frank-Walter Steinmeier wandte bereits vorsichtig ein, es könnten nicht weiter Tausende Flüchtlinge unregistriert die deutsche Grenze passieren. Der »Neuen Westfälischen« sagte Steinmeier, notwendig seien ein kontrolliertes Verfahren bei der Einreise sowie

mehr Tempo bei der Registrierung und Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Bereits getroffene Beschlüsse der Bundesregierung werden derweil umgesetzt. Am Mittwoch bestätigte der Haushaltsausschuss des Bundestages als Teil des zwei-

ten Nachtragsetats 65 Millionen Euro für das Welternährungsprogramm in Syrien, Jordanien und die Türkei, zehn Millionen sollen Hilfsprogramme des UN-Flüchtlingswerks in Syrien und seinen Nachbarländern aufstocken. Mittel gehen außerdem an das Bundeskriminalamt, das Technische Hilfswerk sowie das Bundesamt

für Flüchtlinge und Migration. Offen zeigt sich die SPD auch für eine stärkere Nutzung der Bundeswehr zur Flüchtlingshilfe im Inland. Es sei ein »richtiger Ansatz«, darüber nachzudenken, »wie die Verfahren beschleunigt werden könnten«, meinte Christine Lambrecht. Skeptisch bewertet sie noch die Idee, Soldaten auch bei der Registrierung von Flüchtlingen einzusetzen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte dauerhafte Hilfe bei der Registrierung, Unterbringung und Versorgung angeboten.

Während die SPD sich in gutem Willen übt, droht der Koalition womöglich erneut Ärger aus Bayern. CSU-Chef Horst Seehofer scheint an seinem Plan festzuhalten, notfalls Verfassungsklage gegen die Bundesregierung einzuzureichen. Der frühere Verfassungsrichter Udo di Fabio wurde mit juristischer Prüfung beauftragt. Mit Agenturen Seite 7

»Es wird und muss uns gelingen, zu einem Einvernehmen zu kommen.«

Christine Lambrecht, SPD

VW schönte auch CO₂-Werte

Konzern: 800 000 Fahrzeuge verschiedener Marken betroffen

Berlin. Nach Manipulationen bei Stickoxidwerten hat Volkswagen nun auch »Unregelmäßigkeiten« bei Angaben zum Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) eingeräumt. Damit könnte der tatsächliche Spritverbrauch von rund 800 000 Fahrzeugen höher liegen, als deren Besitzer annahmen, teilte der Autokonzern am Dienstagabend mit. Die neuen Fälle betreffen VW zufolge hauptsächlich Dieselaautos, aber auch eine geringe Anzahl von Benzinern. Es gehe um Polo, Golf und Passat, sagte ein Sprecher. Bei Audi seien A1- und A3-Modelle betroffen. Bei Skoda gehe es um Octavia, bei Seat um Leon und Ibiza.

Europas größter Autobauer taxierte die wirtschaftlichen Risiken in einer ersten Schätzung auf rund zwei Milliarden Euro. Es drohen auch EU-Strafen, wie ein Sprecher der EU-Kommission mitteilte. Die VW-Aktie brach sofort nach Börsenstart am Mittwoch ein. Am Nachmittag stand sie bei einem Minus von rund 8,3 Prozent. dpa/nd

Tagesthema Seite 2

Kohlekraftwerke gehen in Reserve

Kabinett beschließt Vorschlag von Gabriel zum Kohleausstieg

Berlin. Das Bundeskabinett hat am Mittwoch in Berlin weitere Schritte zur Energiewende beschlossen. Es billigte zwei Gesetzentwürfe und eine Verordnung von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), die unter anderem den Strommarkt weiter liberalisieren und den CO₂-Ausstoß durch Braunkohlekraftwerke reduzieren sollen. Vom kommenden Jahr an sollen schrittweise Braunkohlekraftwerke in eine »Sicherheitsbereitschaft« überführt und binnen sieben Jahren stillgelegt werden. Dafür erhalten die Stromkonzerne insgesamt eine Summe von rund 1,6 Milliarden Euro. In den ersten vier Jahren dieser Phase sollen die Kraftwerke wieder angefahren werden können, wenn extreme Umstände es erfordern.

Die Einigung mit den Energieversorgern hatte im Vorfeld zu scharfer Kritik von Umweltverbänden und Opposition geführt, da die ursprünglich geplante Kohleabgabe entfällt und stattdessen Zahlungen an die Kraftwerksbetreiber zu leisten sind. epd/nd

Seiten 4 und 9

Fachleute am BER nicht vom Fach

Mitarbeiter wurden jahrelang zu Unrecht als Experten ausgewiesen

Berlin. Auf der Dauerbaustelle des Flughafens Willy Brandt bei Berlin waren jahrelang Mitarbeiter angestellt, die nur vorgaben, Fachleute zu sein. Wie Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) in einer Antwort auf eine Anfrage der Piratenfraktion mitteilte, gab es nach der Aktenlage der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg »Einzelfälle, bei denen die Zusammenarbeit aufgrund fehlender Fachkunde gestoppt wurde. Diese liegen allerdings, soweit bekannt, im niedrigen einstelligen Bereich.«

Betroffen sind vermeintliche Experten für den Brandschutz, genau jenem Fachbereich also, dessen mangelhafte Bearbeitung maßgeblich für die seit Jahren verschobene Eröffnung verantwortlich ist. Müller ist Aufsichtsratschef der staatlichen Flughafengesellschaft. Er berief sich auf Angaben der Geschäftsführung um Flughafenchef Karsten Mühlhens. Demnach werden die Eignungsnachweise bei der Vergabe von Aufträgen überprüft, danach bei Personalwechseln und besonders seit August 2014 auch bei Audits. nd

ISSN 0323-3375



4 198662 501709